

Kreis will Jobcenter alleine betreiben

Politik Langzeitarbeitslose ab 2012 in Eigenregie betreuen

Von unserem Redakteur Albrecht Kahl

Kreis MYK. Klares Votum für das Jobcenter Mayen-Koblenz: Einstimmig hat der Kreistag dafür votiert, die Betreuung der Langzeitarbeitslosen vom 1. Januar 2012 dem Landkreis zu übertragen. Diesen Grundsatzbeschluss hatte er zwar schon im März getroffen. Aus formalen Gründen musste er jedoch nochmals gefasst werden.

Eigentlich nimmt das Jobcenter schon am 1. Januar 2011 seine Arbeit auf. Es löst die Arge (Arbeitsgemeinschaft zwischen Landkreis und Arbeitsagenturen Mayen und Koblenz) ab. Im kommenden Jahr arbeiten Kreis und Agenturen allerdings in neuer Rechtsform im Jobcenter noch zusammen. Von 2012 an will der Kreis das Jobcenter alleine betreiben – vorausgesetzt, das Land stimmt dem zu.

Mayen-Koblenz bringt beste Voraussetzungen mit, sich um die Langzeitarbeitslosen zu kümmern, das heißt für Grundsicherung, Arbeitsvermittlung und die Kosten der Unterkunft zu sorgen – davon gehen Kreisverwaltung und Kreistag aus. „Wir wollen und wir können das“, zeigte sich Erster Kreisbeigeordneter Bernhard Mauel überzeugt und fügte hinzu, die alleinige Verantwortung für das Jobcenter werde die Region stärken. Mauel verwies auf die lange Tradition kommunaler Arbeitsmarktpolitik im Landkreis und nannte hier die gemeinnützigen Gesellschaften „Perspektive“ (Region Andernach) und „Komm-Aktiv“ (Region Mayen). Flankierende Leistungen wie die Suchtberatung oder das Sonderprogramm „Bürgerarbeit“ seien ohne dieses Kommunale Netzwerk nicht möglich gewesen. Die alleinige Verantwortung für das Jobcenter ist für ihn der Garant dafür, dass künftig noch stärker auf die lokale Kompetenz gesetzt wird.

Daran knüpfte Anette Moesta (CDU) an: „Wir denken regional und an die Menschen im Landkreis.“ Moesta betonte aber auch, dass Landkreis und Kreistag sich ihrer Verantwortung, die die alleinige Übernahme des Jobcenters bedeutet, bewusst sein müssen. Folglich verlangte sie auch, dass der Kreistag in wesentliche Entscheidungen eingebunden wird. Achim Hütten (SPD) bescheinigte der Arge, die bisher die Langzeitarbeitslosen betreut hat, eine „glänzende Arbeit“. Dies gelte auch für die kommunale Beschäftigungsgesellschaft Perspektive, die Andernach und den VG Weißenthurm und Pellenz jährlich 1,2 Millionen Euro an Sozialausgaben erspare. Mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt verspricht sich Bruno Seibeld (FWG) durch das kreiseigene Jobcenter, während Herbert Fleischer auf dessen Sachverstand setzt, und Jürgen Stange (Die Linke/Ich tu's) hofft, dass in einem Beirat der neuen Einrichtung auch die Hartz-IV-Empfänger zu Wort kommen werden.

Der Bund trägt den Großteil der Kosten

110 Kommunen in Deutschland können künftig Langzeitarbeitslose in Eigenregie betreuen. MYK will eine dieser sogenannten Optionskommunen sein und wird daher einen entsprechenden Antrag stellen. Wird dem stattgegeben, soll das Jobcenter als Eigenbetrieb des Landkreises eingerichtet werden. Das Land hat die Rechtsaufsicht, während der Kreis für die Steuerung verantwortlich ist. Der Bund übernimmt 87,4 Prozent der Kosten des Eigenbetriebes, die mit insgesamt 9,8 Millionen Euro beziffert sind, der Landkreis den Rest. Für die Einrichtung sind 161,5 Stellen vorgesehen.